

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.—RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: W. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Stauermann Hugo Wöhlting (vorm. Ww. Weiz), Markt 24/25
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 117

Donnerstag, den 29. September 1932.

45. Jahrgang

Erholung und Aufstieg

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

Köln, 28. September.

Bei der Feier der Einweihung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer hielt Reichswirtschaftsminister Warmbold eine Rede, in der er u. a. ausführte:
Wir weisen hier ein Gebäude ein, welches der Würde und der Interessenvertretung von Industrie, Handel und Verkehr ein Heim bieten soll. Diese Wirtschaftswelt erfüllen innerhalb der Volkswirtschaft wichtige Funktionen. Ihre Verbundenheit mit dem Ganzen der Wirtschaft zwingt dazu, sie funktionsfähig zu erhalten. Diese Aufgabe fällt dem Staate zu.

Der Staat ist verpflichtet, jede Maßnahme nicht nur auf ihre Wirkung auf den einzelnen, sondern auf ihre Wirkung auf die Gesamtheit zu prüfen.

Die Rückficht auf das Ganze und der Gesamtüberblick sind um so einfacher, je weniger entzweit die Wirtschaft eines Landes ist. Das zeigen die Bechäftigte der Agrarländer. Wir schreiter werden alle staatlichen Aufgaben, nachdem sich die Entwicklung vom Agrar- zum Industrieland vollzogen hat. Kommt Rohstoffarmut und Uebererzeugung hinzu, so ergibt sich daraus eine enge Verflechtung mit dem Weltmarkt, und der Güterverkehr mit dem Auslande muß einen so bedeutenden Umfang annehmen, daß die Wirtschaft des Landes ohne Berücksichtigung dieser Interessen nicht beurteilt werden darf.

In dieser Lage ist Deutschland.

Es ist unmöglich, in einem so dichtbesiedelten Lande ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einzustellen verlieden würde.

Da die gesamte Bevölkerung nicht im Dienste des eigenen Landes beschäftigt werden kann, muß die Arbeitslosigkeit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden.

Die Freiheit zu wählen zwischen Selbstgenügsamkeit und Verflechtung in die Weltwirtschaft haben wir bereits vor 50 Jahren ausgeübt. Die Wirtschaftspolitik hat sich bereits damals entschieden, den Bevölkerungsüberschuß, der für das Inland nicht beschäftigt werden konnte, zwar im Inlande zu behalten, aber für das Ausland arbeiten zu lassen.

Die jetzige eingetretene Entwicklung kann nicht ohne große Schäden rückgängig gemacht werden. Ein Bruch mit den großen Einnahmen der letzten Zeiten betrieuenen Wirtschaftspolitik würde nichts anderes als eine weitere Vermehrung und eine Verengung der großen Arbeitslosigkeit bedeuten.

Ein Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre unmöglich ohne eine in ihrem Ausmaß nicht zu übersehende Entwertung der Kapitalien der deutschen Wirtschaft. Diese Kapitalien sind aber letzten Endes der Gegenwart und der Erbpänner der breiten Masse der Bevölkerung. Sie würde daher letzten Endes die Verluste zu tragen haben.

Wir haben in dieser Sache nichts desto trotz erkannt als die innere gegenseitige Abhängigkeit aller Wirtschaftszweige untereinander.

Unser Ziel muß es sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm investierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden.

Dieses Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Güterausfluß mit dem Auslande pfleglich behandeln.

Gegenwärtig ist die Entwicklung in der Welt durch zwei Faktoren: durch die zunehmende Absperrung der aufeinander angewiesenen Länder im Warenverkehr und durch die Kreditkrise, welche zu der Zwangsverflechtung des Kapital- und Zahlungsvorganges in wichtigen Ländern geführt hat. Das Verhängnisvolle dieser Entwicklung ist es nun, daß die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten sich gegenseitig steigern.

Jede neue Absperrungsmaßnahme in der Welt bringt für die zahlungsverpflichteten Völker neue Schwierigkeiten und zwingt sie zu Verschärfungen ihrer Devisenbewirtschaftung, — und wiederum stellt eine solche Verschärfung der Devisenbewirtschaftung ein neues Hemmnis für den internationalen Warenverkehr dar. Unter desfalls Interesse liegt eindeutig in der Richtung, beide Schwierigkeiten zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzuführen.

Die deutsche Regierung mußte den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen dem gegenwärtigen Notzustand zu begegnen und seine Ueberwindung zu erleichtern. Neben der Vergebung von öffentlichen Aufträgen hat die Regierung sich entschlossen, Maßnahmen zu treffen, welche den großen Sektor der privaten Wirtschaft neu zu beleben und die Leistungen der Unternehmerkraft zu fördern bestimmt sind. Sie hält diesen Teil ihres Wirtschaftsprogramms für besonders wichtig. Sein Gelingen hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und sie hofft hierzu darauf, daß ganz besonders die zahlenmäßig starke Schicht der mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Planes von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung nicht verweigern.

Ich möchte daher auch an dieser Stelle an das gesamte

deutsche Unternehmertum den Appell richten, die ihnen gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen.

Möge bei der zukünftigen Arbeit in diesen neuen Stöcken: Gebäude nicht alles vergessen werden, was wir an Schwere und auch an Lehren aus den vergangenen und noch gegenwärtigen Schwierigkeiten erlitten haben und mitnehmen sollen.

Aber möge manchen auch bei dieser Arbeit stets der Glaube an eine bessere Zukunft lebendig sein, und möge bei kommenden neuen Krisen und Schwierigkeiten über allen Gegenwartsnöten nicht vergessen werden, daß noch immer, auch im Wirtschaftlichen, auf Krankheit und Depression Erholung und Aufstieg gefolgt sind.

Keine Währungsgefahr

Ansprechend sprach Reichsbankepräsident Dr. Luthner, der zunächst die Währungsfrage behandelte. „Ich bin überzeugt“, so führte er u. a. aus, „daß es eine Währungsgefahr in Deutschland nicht nur nicht geben darf, sondern auch nicht geben wird. So schwer die Zeiten auch sind, die wir zu durchstehen haben, die Währung wird ganz sicher aufrechterhalten bleiben. Der Reichsbank wird vorgesetzt, daß sie über Währungsrichtlinien die Wirtschaft verfolge. Wenn erzählt wird, die Reichsbank habe mit der Senkung des Diskontsatzes von 5 auf 4 v. H. gezeugt und hätte von sich aus nichts unternommen, nachdem die sachlichen Voraussetzungen gegeben gewesen seien, so muß gesagt werden, daß dies eine grobe Unwahrheit ist. Es war für die Reichsbank gesehlich nicht möglich, unter 5 v. H. herabzugehen. Wir haben alle dafür zu sorgen, daß die Rechtsbegriffe in Deutschland aufrechterhalten bleiben.“

Wir haben eine Währungs- und eine Wirtschaftskrise erlebt, und wir sollten eigentlich zusammenhalten, damit wir nicht auch als dritte Krise noch eine Rechts-

Zu den wiedererlebten Autarkieplänen bemerkte Dr. Luthner: Die heutige weltwirtschaftliche Lage zwingt dazu, ein binnenwirtschaftliches Denken stark zu unterstreichen.

Etwas anderes ist es aber, ob Autarkie als Grundtat proklamiert wird, oder ob man diese binnenwirtschaftliche Notwendigkeit als Selbstverständlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens allen Dingen zugrunde legt.“

Dr. Luthner gelehrte dann die Ursachen und den Werdegang unseres heutigen Wirtschaftslagens, für die in erster Linie die Reparationen verantwortlich zu machen seien, in letzter Konsequenz auch die Goldabflüsse, das Ueberüberleben großer Glaubiger- und Schuldnerländer.

Zum Schluß berührte Dr. Luthner das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und bemerkte dazu: „Ich möchte an die Wirtschaft den Aufruf richten, sich aus innerer Ueberzeugung in das Programm einzufügen. Der Appell muß Wirkungen in folchem Ausmaß hervorbringen, daß die ganze Menschheit sieht: Es geht doch auf dem alten, bewährten Weg der Wirtschaftsführung, auf dem Weg der Einsetzung der freien Kräfte des einzelnen wieder aufwärts zum Segen Deutschlands!“

Jugendertüchtigung — sittliche Pflicht!

Königsberg i. Pr., 28. September.

Reichsminister von Bopen hat auf seiner Durchreise von Ostpreußen nach Berlin dem Hauptförstlicher der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung gewährt, in der er auf eine Reihe aktueller politischer Probleme einging. Auf die Frage, welche Stellung die Reichsregierung zu der Sonntagsrede des französischen Ministerpräsidenten Herriot einnehme, erklärte der Kanzler:

Ich noch nicht näher äußern zu können, da ihm der amtliche Wortlaut noch nicht vorliegt.

Sei die Rede wirklich so gehalten worden, wie sie in der Presse wiedergegeben worden ist, so sei sie ihm allerdings völlig unverständlich. Wenn der französische Ministerpräsident den Erlaß des Herrn Reichspräsidenten über die Jugendertüchtigung kritisiere — bekanntlich hat Herriot die unerhörte Frage gestellt, wie man Kindern die Kunst zu täten beibringen könne

so könne er jetzt nur erklären, daß die körperliche und geistige Wehrhaltung der Jugend die erste sittliche Pflicht zum Schutze des Vaterlandes sei, und daß sie nur das Postulat der Sicherheit erfülle, mit dem Frankreich dauernd operiere.

Die Unterredung ging lobnann auf imperialpolitische Gebiet über. Der Reichsminister betonte mit Ernst und Nachdruck, wie sehr ihm die Wiederherstellung gefestigter verfassungsmäßiger Zustände am Herzen liege.

Auf die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen sei, meinte der Kanzler, er glaube, daß der Wunsch, zu neuen verfassungsmäßigen Zuständen zu gelangen, innerhalb des Volkes so stark werden würde, daß der Impuls aus dem Volke heraus kommen und der Regierung die Legitimation geben werde, diese Zustände neu zu gestalten.

Auf eine weitere Frage über die Möglichkeit einer Ersaffung der parteiungebundenen Anhänger der Regierung erklärte der Kanzler, es sei bekannt, daß die Regierung es ablehne, selbst Partei zu ergreifen, da dies ihrer Grundauffassung widerspreche würde.

Er glaube aber mit Bestimmtheit, daß Mittel und Wege gefunden würden, um diejenigen, die Sinn und Ziel dieser Regierung besäßen, für die Wahlen zu sammeln.

Im Zusammenhang mit den Problemen der Außenpolitik besetzte er sich auch mit den Angriffen der nationalsozialistischen Partei gegen die Regierung. Er verteidigte nicht, wie eine Partei, die die nationale Befreiung Deutschlands betreibe, der jetzigen Regierung die Mitschuld an dem ihrem Kampfe um die nationalen Interessen abspredhen töme.

„Meine Reise nach Ostpreußen“, so fuhr der Kanzler fort, „soll ein Beweis für das Interesse sein, das die Reichsregierung Ostpreußen und besonders seine schwergeschädigten Notstandsgebieten entgegenbringt.“

Ich habe in den letzten Tagen eine Reihe ostpreussischer Kreise durch, und es war mir sehr wertvoll, an Ort und Stelle Eindrücke zu sammeln und die Anlage der Provinz kennenzulernen. Ich hoffe, daß schon das nunmehr veröffentlichte Agrarprogramm der Regierung der ostpreussischen Landwirtschaft beweist, daß wir entschlossen sind, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen.

Bei meinen Beratungen in Ostpreußen stand u. a. im Vordergrund die Frage, einer weiteren Entlastung der Landwirtschaft von den Kommunalsteuern, die beträchtlich durch Reichssubventionen um 50 Prozent gesenkt sind.

Ich habe eine eingehende Nachprüfung der landwirtschaftlichen Wünsche angestellt. Gegenüber den in der Provinz verbreiteten Gerüchten, daß die Dämme abgebaut werden sollte, erklärte der Kanzler, daß davon keine Rede sein könne. Die Reichsregierung werde im Gegenteil bemüht sein, den Gang der Dämme zu beschleunigen.

Polizei und Staat

Ausführungen Dr. Bracht's.

Berlin, 28. September.

Der kommissarische preussische Minister des Innern, Dr. Bracht nahm an einer gemeinsamen Sitzung von Verordnungs- und Aufsicht des Verbandes preussischer Polizeibeamten teil, und richtete an die Verammelten eine Ansprache, in der er u. a. erklärte:

Es darf im Verhältnis zwischen dem verantwortlichen Polizeiführer und seinen Beamten keinen anderen Grundtat geben, als der der Gerechtigkeit.

Die Polizei steht mitten im öffentlichen Leben. Jede geringste Störung seines normalen Ablaufs berührt in erster Linie die Polizei. Sie steht an der Front, an der die Staat und Volk berühren und von ihrer Haltung hängt es in hohem Maße ab, daß zwischen Staat und Volk keine Kluft, sondern eine dauernde und lebendige Verbindung besteht.

Für die Verwendung und Beförderung eines Beamten soll seine Lügigkeit und seine Berufsfreudigkeit allein entscheidend sein. Für die Dienstleistung eines Beamten ist nicht nur eine gerechte Personalpolitik entscheidend, sondern auch das sichere Gefühl jedes einzelnen, daß er den vollen Schutz genießt, wenn er in rechtmäßiger Ausübung seines Dienstes seine Pflicht getan hat. Und ein weiterer Punkt:

Die Frage des Wehrrechts und der Kaditionsstellung. Jeder diese Fragen kann überhaupt nur gelponen werden, wenn ein Zweifel restlos beseitigt ist. Die Einschränkung solcher Rechte für Männer, die an hervorragender Stelle vom Staate zu dienen berufen sind, dürfte, wenn man sie überhaupt in Ermägung ziehen müßte, nie und nimmer eine befriedigende Maßnahme sein, sondern allein das Zeichen einer besondern Grenzstellung im Staat.

In einer grundsätzlichen Frage muß ich zum Schluß noch Stellung nehmen. Meine Ausführungen galten der Stellung des Polizeibeamten im Staat.

Dieser Staat ist kein leeres Gefäß. Er erhält seine Form im Grunde des Staates, der Verfassung. Auf sie hat der Beamte den Eid geleistet. Diesem Eid auf die republikanische Verfassung sind und bleiben wir verpflichtet. Der Weg in die Zukunft stellt uns vor die Aufgabe, durch eine zweckmäßige Form der Verfassung neue Formen einer Menschengestaltung des Volkes und damit einer tätigen Mitarbeit des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten zu finden.

Dr. Schöne gegen Herriot

Berlin, 27. September.

Bei dem Empfang, den der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände für seinen aus Italien zurückgekehrten Präsidenten, den früheren Gouverneur Schöne, gab, nahm Dr. Schöne auch Stellung zu der Rede, die der französische Ministerpräsident Herriot am Sonntag in Gramat gehalten hat. Dr. Schöne erklärte, selbst der Bechtanspruch des französischen Ministerpräsidenten werde es nicht gelingen, der Welt einzudeuten, daß Frankreich abrüstungsgesundlich ist. Jeder praktische Abrüstungsorschlag, von welcher Seite er auch immer kommen sei, sei auf der Abrüstungsoberung auf den Widerstand Frankreichs gestoßen. Die Rede Herriots sei der offenkundige Versuch, Deutschland in der Abrüstungsfrage vor der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Es sei geradezu provokant, daß die einzige abgerüstete Großmacht, also Deutschland, von der fürstlichen Militärmacht der Welt, nämlich von Frankreich, dafür verantwortlich gemacht werden sollte, daß die Welt abzurüste.

Deutschland fordere auf Grund einwandfreien Rechtsfittels nach wie vor die allgemeine Abrüstung und die deutsche Wehrberechtigung. Nur weil sich die Abrüstungsoberung unter der Führung Frankreichs bisher weder zu einer wirk-

ihnen Abstriftung noch zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung der Wehrkraft bereitwilligen habe, habe sich Deutschland aus ihr zurückgezogen. Man gäbe Deutschland die Gleichberechtigung und seine Teilnahme an den weiteren Verhandlungen sei ihm gleichgültig.

Genf in Moll

Der neue Abstriftungsvorschlag. — Neurath und Herriot in Genf.

Genf, 28. September.
Die Besprechung, die der französische Ministerpräsident Herriot in Genf mit dem englischen Außenminister Sir John Simon gehabt hat, wurde mit großer Spannung erwartet, und man muß sagen, daß ihr Ergebnis diesen Erwartungen nicht ganz gerecht wird. Es ist bei dieser Gelegenheit über einen englischen Vermittlungsvorschlag gesprochen worden, über den von französischer und englischer Seite ziemlich gleichlautend berichtet wird, und der folgendes enthalten soll:

Durch Schaffung einer allgemeinen Abrüstungskonvention, die lässlich und redlich an die Stelle des Teiles V des Verfallses treten soll, will man die Begrenzung der Waffen für alle Staaten zu einer freiwilligen und selbst auferlegten machen, und Deutschland soll berechtigt sein, seine Wehrmacht mit den Waffen auszustatten, die ihm nach dem Verfall der Vertrag vorbehalten waren. Der Unterschied zwischen der Stärke des deutschen Heeres und denen der anderen Mächte soll durch starre quantitative Abstriftung verringert werden.

Man hat in England die Berechtigung des deutschen Standpunktes durchaus erkannt und sieht die Notwendigkeit ein, in der Rüstungsfrage völlige Gleichheit zu schaffen, man kann sich aber augenscheinlich nicht zu dem Entschluß aufraffen, in dieser Richtung ein energisches Wort an Frankreich zu richten. Der Abstriftungsvorschlag, der ebenfalls von Herriot als positivste Forderung und ihm nahe liegt, dem in Genf weilenden Reichsaussenminister vor Neurath einen Besuch zu machen, da man kaum annehmen dürfte, daß dieser von sich aus eine Initiative in dem Sinne deutsch-französischer Aussprache ergreifen würde.

Entweder aber ist alles, was bei diesen vorliegenden Bemühungen der Präsident, mehr mit negativen als mit positiven Vorzeichen versehen, und man begreift es schon daß die leitenden Staatsmänner Deutschlands und Frankreichs alle Wahrheitslieblichkeit nach darauf verzichten werden, in der Generaldebatte des Völkerbundes zu sprechen, weil man sich von dieser Zurückhaltung, wenn schon keine Erleichterung vorzuziehen, so doch mindestens die Vermehrung neuer Verpflichtungen erhehen darf.

Abstriftungsbüro am 10. Oktober

Genf, 27. September.
Das Büro der Abstriftungskonvention nahm einen Bericht des Präsidenten Herriot über seine Besprechung mit dem deutschen Außenminister vor Neurath entgegen. Nach längerer Debatte verlagte sich das Büro am 10. Oktober. Nach dem Wiederauftritt im Oktober soll u. a. über die Wiedereinberufung des Hauptauschusses, in dem sämtliche 64 an der Konferenz beteiligten Staaten vertreten sind, entschieden werden.

Ueber den Verlauf der Berührung verläuft noch, daß in der Debatte von verschiedenen Seiten erneut die Notwendigkeit einer Behandlung der politischen Frage, also der deutschen Gleichberechtigungsforderung, betont worden ist.

Deutsche Tageschau

Die Neuregelung der Reichssteuer für Heimatdienst.
Von zukünftiger Stelle wird gegenüber Bemerkungen betont, daß nach der vorläufigen Unterstellung der Reichssteuer für Heimatdienst unter die Presseabteilung der Regierung an der Objektivität der Reichssteuer nicht das geringste geändert werde. Die Reichssteuer ist durch Reichsstaatsbehörden in ihren Richtlinien festgelegt und werde sich weiter daran halten. Ebenfalls über die parlamentarische Arbeit nach wie vor die gleichen Funktionen aus wie bisher.

Die Frage der Vorverlegung der Gemeindefestungen.
An dem Vorkommnis über die Vorverlegung der Gemeindefestungen in Straßburg am den 8. November ist davon die Rede, daß die kommunalrechtliche preussische Regierung im Staatsrat sich bemühen werde, den Beschluß des Landtags umzusetzen. Von zukünftiger amtlicher preussischer Seite wird demgegenüber erklärt, daß die kommunalrechtliche Regierung nicht beabsichtigt, in den normalen Verlauf der parlamentarischen Behandlung des Landtagsbeschlusses einzugreifen, und daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalten.

Überprüfung der Landfreizeiverordnung

Genf, 27. September.
Die kommunalrechtliche preussische Staatsregierung wird sich in der nächsten Kabinettsitzung mit den Beschwerden, Eingaben und mündlichen Vorkstellungen beschäftigen, die bezüglich der Verordnung über die Neugliederung der Landfreize an sie gelangt sind. Es gilt als wahrscheinlich, daß die kommunalrechtliche Regierung beabsichtigt, offensichtlich wichtige Bestimmungen, die durch die Zusammenlegung von verschiedenen Stellen des Landes entstanden sind, wieder zu gliedern. Wie verläuft, kann man sogar damit rechnen, daß auf einzelne wesentliche Änderungen beschlossen werden, insbesondere, daß das Kabinett den einen oder anderen Landkreis, der nach der Verordnung ausgeteilt werden sollte, nunmehr selbständig bestehen lassen wird.

Auslands-Rundschau

Eine Saarbettelung in Genf.

Eine Abordnung der politischen Parteien des Saargebietes ist wie in früheren Jahren auch diesmal in Genf erschienen, um mit den zuständigen Stellen Rücksprache über die Lage im Saargebiet zu nehmen. Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundsrat demnächst mit der Frage einer Wiedereinberufung des Steuerkommissions, der im Jahre 1924 zwischen der Regierungskommission des Saargebietes und der französischen Grundbesitzverwaltung abgeschlossen worden ist, befaßt werden wird. Die Vertreter des Saargebietes hatten Gelegenheit, aus dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath eingehend Bericht über die Lage im Saargebiet zu erhalten.

Gandhis Geburtstag.

Gandhi, der nach dem indischen Kalender seinen Geburtstag feierte, empfing in Bana den Besuch indischer Führer, denen er erklärte, er stünde und falle mit dem neuen Abkommen, und die „Unberührbaren“ als Gift für die richtige Durchführung des Abkommens behielten, wenn es ihnen nicht gelänge, aus eigener Initiative ein noch besseres Abkommen zu erreichen.

Unabhängig des Geburtstages sind in Bombay die Börse und die übrigen Märkte geschlossen.

Die englische Irise.

Die befehlungte Rückkehr des englischen Außenministers nach London ist zweifellos durch die Schwertgeileiten des Kabinetts MacDonald bedingt, denn es ist damit zu rechnen, daß die liberalen Minister Sir Herbert Samuel, Sir Archibald Sinclair und andere ihren Rücktritt erklären werden, und daß auch Snowden das Amt des Vorkriegsbeobachters niederlegen wird.

Aus der Umgegend

Neuba, 28. September.

Operetten-Abend. Die Neue Leipziger Operette-Gruppe, die hier schon häufiger mit Erfolg galoppiert, wird am Samstag, dem 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Schützenhaus mit der großen Ausstattung-Operette „Victoria und ihr Husar“ aufwarten. Ueber die Operette, die in einem reichen Singspiel alle Großstadtdümmen erobert, ein Wort mehr zu sagen, erübrigt sich. Da es der Dichtung nur mit größter Mühe und mit Aufwand hoher Kosten möglich war, die Operette für hier zu erwerben, war es eine Selbstverständlichkeit, daß am Samstag der Schützenhausaal ausverkauft ist. Darum alles auf zu „Victoria und ihr Husar“.

Arbeitsdienstag im Lufttruppe. Getreu der Tradition der alten Frontsoldaten „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ hat die Kreisgruppe Wiehe des Stahlhelms ein Arbeitslager auf Schacht II der Gewerkschaft Kohleben eröffnet. 25 Mann — Jungkabelmeister und Nachschubmeister — sind hier zum freiwilligen Arbeitsdienst zusammengelassen.

Das Arbeitsobjekt ist die Verbreiterung der Straße Kohleben — Jägeroda. Am Montag, dem 26. September, sind die Arbeitsfreiwilligen aus Bantendorf, Domborf, Kohleben, Altleist, Landkröben und Umgegend eingetroffen und haben am Dienstag früh ihre Arbeit begonnen. Die Regierungskasse des Lagers soll zunächst in 2000 Tagewerken die langfristige geplante Verbreiterung der Straße im Interesse des öffentlichen Verkehrs durchführen. Mäander Weid und manche Bepflanzung waren nötig, um 25 Arbeitsfreiwillige in den öffentlichen Arbeitsprospekt einzugliedern, ihnen wohnliche Unterkunft, Verpflegung und Sonderreise zu beschaffen. Weistelle Kreise der Bevölkerung unseres Landes haben den Wert des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Erziehung unserer Jugend anerkannt und haben den Stahlhelm mit großem Entgegenkommen in seinen Bestrebungen unterstützt. Ist doch die Errichtung des Lagers eine Tat, die den unbegleitenden Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, trotz materieller und seelischer Mühe unseres Volkes die Jugend nicht verkommen zu lassen.

All die Helfer bei der Gründung des Lagers haben in vollster Ueberzeugung gehandelt, daß nicht mit schönen Reden unserem Volke zu helfen ist, sondern daß durch praktische Arbeit unsere Jugend mit Arbeitsfreude und Gemeinschaftsgeist erfüllt werden soll, getragen von dem Gedanken, sich mit seiner Kraft und seinem Können dem Gesamtwohl des Volkes und Vaterlandes zur Verfügung zu stellen.

Legte „Große Rheinüberzug und Dampferfahrt“ der Reichsbahndirektion Erfurt 1932! „An am Rhein, da möcht ich leben...“, so schallt es täglich in frohen Gesellschäften aus taunelnden und aberaulenden von Rehlen und in weiteren unsäglichen Reden wird der Vater Rhein, „Deutschlands größter und schönster Strom“, täglich fast überall gefeiert. Wer ist unter uns, der noch nichts von den Schönheiten des Rheinflandes gelesen oder aus bekanntem Munde gehört hat? Ein bereits Jahrtausende währender Kampf wurde zwischen großen Völkern um den Besitz dieses herrlichen — für den Weltbau und unentbehrlichen — Durchgangslandes ausgefochten. Schon in der Schwab wurde Herrscher der Mittelalterszeit der Wunsch geäußert, später alle die schönen Stätten zu besuchen. Ueber blieb bei dem größten Teil in Mitleid auf die schmerzlichen Zeiten lets der Wunsch der Vater des Gebankens. Und doch wäre es manchem Deutschen schon möglich gewesen, recht billig eine Rheintour hinter sich zu haben, wenn er nur etwas aufmerksamer seine Zeitung gelesen hätte. Die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat durch Einführung billiger Verwaltungsoberzüge für eine enge Fühlungnahme aller Schichten der Bevölkerung untereinander und das Kennenlernen landschaftlich reizender Teile unseres Vaterlandes Sorge getragen. Noch einmal soll nun in diesem Jahre Gelegenheit gegeben werden, dem Wunsche des am Anfang dieser Zeiten angeführten Liebes die Tat folgen zu lassen, wenn auch nur für einige Tage. Die Reichsbahndirektion Erfurt veranstaltet auf zahlreiche Wünsche hin eine Drei-Tage-Reise auf den Rhein. Der Sonderzug fährt am 8. Oktober 1932 abends gegen 22.10 Uhr in Erfurt über Eisenach ab. Zunächst in Köln, der größten und bedeutendsten Großstadt Rheinlandes (750 000 Einwohner), etwa 6 Uhr. Viele bewährte Sehenswürdigkeiten auf kulturellen, historischem und wissenschaftlichen Gebiete (Dom) laden zum Besuch ein. Da bis zur Weiterfahrt nach dem ersten Uebernachtungsziel Römigswinter etwa 8 Stunden zur Verfügung stehen, ist eine eingehende Besichtigung durch örtliche Führer gefordert. Auch Aussichtswagen stehen bereit, um besonders Wissensdurstige zu einer großen Stadtrundfahrt aufzunehmen. Gegen 12 Uhr trifft der Sonderzug in Römigswinter, das Ausgangspunkt für viele Wanderungen in das Seebengelände ist, ein. Bad Godesberg und Rolandseck, letzteres bekannt durch die Wälder-Sage (besonders schmerz der eumpanopten Wälder-Sagen), sind von hier aus am besten zu erreichen. Ferns für die Sonderzugreisende ein großer Rheinischer Abend. Der 10. Oktober bringt eine früh 8 Uhr beginnende große Rhein-Dampferfahrt. Das Sraz schlägt höher und höher beim Erblicken dieses herrlichen Stromes. Tief eingeschnitten windet sich der Rhein durch die zahlreichen Wehrstellen hindurch. Stromaufwärts geht es an stattlichen Schlössern und Burgen, hohen Dörfern, kunstreichen und weltberühmten Städten vorbei. Der Rhein selbst zeigt ein buntes Bild des internationalen Verkehrs. Schoner beladene Frachtdampfer und Schlepplfähre bringen ihre Produkte aus dem Norden und führen ungeheert wertvolles Rohmaterial und Fertigfabrikate aus dem Süden wieder zurück. Daneben Vergnügungsdampfer, Paddelboote und Fährboote zur Vermittlung des Verkehrs zwischen beiden weiterentfernten Ufern. Städte mit Klang wie Andernach, Remscheid, Koblenz, Ehrenbreitstein, Stolzen-

fels, Boppard, St. Goar, St. Goarshausen mit Burg Raab und vor Oberwesel die Voreten, Gaub, Badstätt, Vorch, Wilmannshausen, Altesheim mit Niederwald-Denkmal und Vindgerried ziehen vorbei. Gegen 16 Uhr nachmittags legt der Dampfer in Bingen an. Burg Klopp (Kloster) mit seiner Reichthümlichkeit ladet die Reisenden zum Verweilen ein. Der Nachmittags kann zu schönen Spaziergängen in der näheren Umgebung Bingen verwendet werden. Der Abend verweilt alle Sonderzugreisende zu einem gemütlichen Beisammensitzen in der Stadthalle. Am 11. Oktober bietet sich hinreichend Gelegenheit, Altesheim, das Niederwald-Denkmal und Wilmannshausen aufzusuchen. Gegen 4 Uhr nachmittags ist der schöne Altesheim zum Vater Rhein aus. Der Sonderzug nimmt Abschied von Bingen und führt die Teilnehmer über Frankfurt — Fulda in die Heimat zurück. Der Fahrpreis für diese herrliche Herbst-Rheintour ist den heutigen Verhältnissen angepaßt und so niedrig gehalten, daß ein „Reise“ seinen inneren Wunsch einmal erfüllt sehen kann, den Rhein für billiges Geld endlich kennen zu lernen. Die Fahrt kostet ab Erfurt oder Ansbach 2. Klasse 22 RM., 3. Klasse 17 RM.; ab Gotha 2. Klasse 20.50 RM., 3. Klasse 16 RM.; ab Eisenach 2. Klasse 19.50 RM., 3. Klasse 15 RM.; ab Gertungen 2. Klasse 18.50 RM., 3. Klasse 14 RM. Für zwei Uebernachtungen in nur zwei Säulchen, die große Dampferfahrt, für die Rheinischen Abende und für Führungen ist mit der Sonderzugkarte eine Teilnehmerkarte zu 11.— RM. zu lösen. Für die Anfahrtsfahrten können Sonntagsrüfahrskarten gekauft werden, die für die Rückfahrt am 11. und 12. Oktober im Zuge auf der Heimfahrt gültig geliebt werden. Den Verkauf bez. die Vermittlung von Karten für diese letzte beschriebene Rheinreise übernehmen als sofort sämtliche Reisebürosausgaben und Reiseveranstalter in Reichsbahndirektionsbezirk Erfurt. Also auf am 8. Oktober 1932 mit der Reichsbahn zur Großen Rheinüberzug- und Dampferfahrt!

Wiederkehrsfest. Am Sonntag, dem 8. Oktober d. J., abends 8 Uhr, findet im Saale „Rotes Rad“ in Halle u. E. Leipziger Straße, das 12. Wiederkehrsfest aller ehem. Angehörigen des Ref.-Inf.-Regts. 227. Inf. M. Alle ehemaligen 227er sind herzlich willkommen. Anführer sind am Samstag Alwin Krämer, Halle (Saale), Friedrichstraße 35, zu richten.

10. Wiederkehrsfest der ehemaligen 188er (187. Inf.-Div.) Am 8. und 9. Oktober in Halle (Saale) Stadthausausgaben. Kommerz — Tanz — Feiernestbesuch — Gesellschaftliche Sitzung. — Preiswerte Götthaus-Quartiere — 40 Betten (Massenquartier) kostenlos. Essen aus der Feldküche. — Anmeldung an Willy Beyer in Halle (Saale), Kronprinzstraße 10 II.

Kaplehen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde in der Zuckerfabrik Kaplehen eingebrochen und Zucker gestohlen.

Artern. Restenommen wurden hier die Pferdehändler M. P. aus Erfurt und E. C. aus Leipzig, weil sie im dringenden Bedarfs seien, bei einem Landwirt in Segaa einen Einbruch verübt und 325 Mark gestohlen zu haben.

Neumark b. Mühlitz. Dieser Ort wurde in unferm Ort einmännlich ein Fall der typischen Kinderabstriftung festgestellt. Von dieser Anzahl werden fast ausnahmslos Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren betroffen.

Oberkahlitz. Das Brautpaar einer Futtermühle konnte in diesem Jahre von Herrn Gutsbehalter Jaude gerettet werden. Die Rube wiegt nicht weniger als 14 Pf. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß das Durchschnittsgewicht 4 bis 5 Pf. beträgt. Im Götthof zur Linde kann das Vunder der Natur bestaunt werden.

Naumburg. Die Polizei nahm am Sonntag früh drei junge Leute fest, die mehrere Hundstabscheibchen ausgeführt haben. Ihre Opfer waren zwei alleinstehende ältere und eine jüngere Dame, die sich in Begleitung eines Herrn befand. In einem Fall betrug die Beute über 22 Mark. Das Geld wollten die Burigen, wie sie bei ihrer Vernehmung aussagten, in Bad Köben veratmet. Der Sechsten konnte das Geld bis auf einen kleinen Betrag zurückverfolgt werden, während die Hundstabschen bereits zerissen und unbrauchbar gemacht waren.

Weißfels. Das Amtsgericht Weißfels hat auf Antrag des Reichsverbandes der Schuhindustrie, Zweigverein Weißfels, im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet, daß die am Gericht beschlagnahmten Gewerkschaften deren Funktionen gestohlen sind, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit von ihren Mitgliedern zu verlangen, diese tätige oder finanzielle Unterstützung der in Streit getretenen Arbeiter zu unterlassen, den Streit nicht weiter zu organisieren und durchzuführen, öffentlichen Kundgebungen an die Einwohnererschaft zu unterlassen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß in den Weißfelschen Schuhfabriken der normalmäßige Zustand wieder herbeigeführt wird. Für jeden Fall des Verstoßes wird den Gewerkschaften eine Geldstrafe von je 3000 Mark im Einzelfall angedroht.

Der Arbeitsverordnungsrat hat die streikenden Arbeiter aufgegeben, die Arbeit am Mittwoch, den 28. September, 7 Uhr, wieder aufzunehmen. Am Streit befinden sich des taunlich fünf Betriebe mit rund 850 Arbeitern.

Halle. Die Einwohnerzahl der Stadt Halle hat seit Ende 1930 von 203 875 bis zum August 1932 auf 202 322 abgenommen. Halle hat also in einjährig Jahren über 1500 Einwohner verloren.

Eisenach. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Mansfelder Land hat die Mansfelder AG. für Eisenach und Altenbergritz Eisenach im Sinne des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung angeordnet, daß die Beschäftigten der Mansfelder Kupferbetriebe in eine besondere Form der Arbeitsrichtung einleiten. Es soll auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen werden, für Anfang Oktober bereits 600 Arbeiter neu einzustellen. Die Verhandlungen sind im Gange und werden voraussichtlich im Laufe dieser Woche zum Abschluß kommen.

Mühlitz (St. Sangerhausen). Vom Mühlitz geht zurück und ertrunken ist der landwirtschaftliche Arbeiter Karl Weisenbach in der Helme. Es wird vermutet, daß er beim Pflücken des Mühlitzes mit seinem Fahrrad abgerollt und ins Wasser gefallen ist. Der Ertrunkene war 68 Jahre alt.

Erfurt. Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über Vermehrung der Arbeitslosigkeit vom 5. September 1932 haben verschiedene Erfurter Schuh-

fabriken Neueinstellungen von Arbeitern beschloffen. Er erhöht die M. & L. Hof Schuhfabrik L.-G. Erfurt ihre Belegschaft um 80 bis 90 Arbeiter, während die Schuhfabrik Hofmann & Senger, Erfurt, 100 Arbeiter wieder in den Produktionsprozess einreibe.

Dachwig (Kr. Erfurt). In der gleichen Nacht entlief aus dem Grundstift des Albin Martin Feuer, das durch den rasenden Sturm angeht, bald auf die benachbarten Wirtschaftsgebäude von Albin Giesse, Bertold Steinbrück, Heinrich Lehmann und Kurt Schweinitz übergriff. Sofort waren die Driewehr und die Wehren von fünf benachbarten Dörfern zur Stelle, doch wurden ihre Löscharbeiten durch Wassermangel und den Sturm erschwert, so daß alle fünf Wirtschaftsgebäude binnen kurzem niederbrannten. Auffallend ist, daß genau vor einem Jahre und zur gleichen Stunde die Wirtschaftsgebäude von Steinbrück und Lehmann schon einmal niedergebrannt waren.

Wandersleben (Kr. Erfurt). Bei dem am Sonnabend niedergegangenen Unwetter schlug der Blitz in eine weidende Herde ein. Der 57jährige Schäfer Selbach der Domäne Wandersleben, sein Hund und 30 Schafe wurden vom Blitz erschlagen.

Stadthausen. Die beiden früheren Grafschaften Hohenstein werden durch die Zusammenlegung des südlichen Teiles des Kreises Hildburghausen mit dem Kreis Grafschaft Hohenstein nach einer Trennung von drei Jahrhunderten wieder vereint. Die beiden Grafschaften waren im Jahre 1632 nach Niederbrennung der Burg Hohenstein getrennt worden (Kreis Hildburghausen, Landkreis Hildburghausen).

Salze (Saale). In der ersten Zahlungsschwierigkeit ist die Stadt Salze, daß sie am Sonnabend nur die Hälfte der Unterhaltungsgebühr zur Auszahlung bringen konnte. Der Rest wird im Laufe der Woche zur Auszahlung kommen.

Deffau. Die Wohnkolonienlieberung Sachsen-Bürtingen hält am 2. Oktober in unserer Stadt einen Landesappell ab. Bei einer Kundgebung am dem Großen Markt wird Bundesführer Studentat Fritz Kloppe (Halle) eine Ansprache halten.

Deffau. In der Anhaltischen Gemäldesammlung wird am 25. September eine Ausstellung „Anhalt im Dreißigjährigen Kriege“ eröffnet. Neben zeitgenössischen Bildnissen, Schändenschildern, Plakaten, Wäffeln wird auch eine genaue Wiedergabe der Schlacht an der Dessauer Elbbrücke mit Hilfe von Zinnfiguren geboten. Dazu werden Funde gezeigt, die im 19. Jahrhundert auf dem Schlachtfeld bei Köpplau gemacht wurden.

Deffau. Das Anhaltische Staatsministerium beschloß, den Schulunterricht am Oberlehrer des Kreispräsidenten B. Hindenburg nicht, wie in anderen Staaten, ausfallen zu lassen, sondern überdurchschnittlich. Das Staatsministerium ist der Auffassung, daß es richtig sei, in der heutigen Zeit den Kreispräsidenten am besten durch Arbeit zu ehren.

Deffau. Feuer brach in der Deffaunischen Chemischen Fabrik am Sonnabend früh aus, wobei 30 Arbeiter in Brand gerieten. Die Gefahr war deshalb besonders groß, weil sich in einem Meter Entfernung von der Brandstelle ein großes Benzolgefäß befand, das mehrere Kessel mit 10000 Litern Benzin enthielt. Wenn die Feuerwehre nur einige Minuten später eingetroffen wäre, hätte Explosionsgefahr für die Fabrik bestanden. Nach zweifelhafter Arbeit wurde der Brand gelöscht.

Nienburg (Saale). Das Zementwerk Sachsen-Anhalt in Nienburg soll in Kürze stillgelegt werden. Durch diese Maßnahme werden 100 Arbeiter betroffen. Damit dürfte die letzte Fabrik in Nienburg ihre Pforten gegen den Wind haben.

Landberg (Kr. Weißenfels). Auf der Halle-Bitzerfelder Chaussee fuhr ein mit vier Personen besetzter Personenkraftwagen auf einen haltenden Lastkraftwagen auf. Die Insassen des Personenautos wurden zum Teil erheblich verletzt ins Krankenhaus Karlsfeld gebracht. Der Führer des Wagens war von einem anderen Personenauto gebelndet worden, das, ohne sich um die Verletzten zu kümmern, in schneller Fahrt davonfuhr.

Öberberg (Kr. Salze). In der Kohlenfahrt bei Ederberg stürzte der Bergmann Kurt Bürgel so unglücklich von einer Leiter, daß er mit einer schweren Rückenverletzung in das Krankenhaus Karlsfeld eingeliefert werden mußte.

Alberstedt (Kr. Bernburg). Zwischen einem Buffard und einem Fortrierer kam es zu einem interessanten Kampf. Der Buffard hatte einen jungen Falen geschlagen, auf dessen Gefährde ein in der Nähe befindlicher Fortrierer herbeikam. Er griff sofort den Raubvogel an, und nach einem längeren Kampf mußte der überlegene Buffard schließlich die Flucht ergreifen. Der Hund hatte allerdings gleichfalls schwere Verletzungen erlitten.

Werbeg (Kr. Verden II). Unter dem Verdacht der Falschmünzerei verhaftete die Landjägerrei den 23jährigen Kunstseidner Bogen und brachte ihn nach Burg. Der Verdacht wird von der Staatsanwaltschaft in Leipzig geteilt, weil er falsche 50-Mark-Scheine hergestellt und vertrieben hat.

Elferwerda (Kr. Liebenwerda). Am Montagabend fuhr ein Kraftwagen aus Riesa in der Kraupae Kurve mit großer Geschwindigkeit in den Gassengegraben und gegen einen Zeigrapfenknall. Das Fahrzeug wurde zertrümmert. Von den vier Insassen wurden drei schwer verletzt. Die Verunglückten wurden nach 10 Stunden in ein Krankenhaus gebracht. Es handelte sich um eine Schwarzfahrt.

Elferwerda. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich in der Nähe von Elferwerda. Ein Motorradfahrer aus Coswig (Anhalt) wurde von einem anderen Motorradfahrer aus Elferwerda, der eine Kurve falsch nahm, angefahren. Durch den heftigen Zusammenstoß erlitt der Coswiger Fahrer neben anderen Verletzungen einen doppelten Schädelbruch.

Kepig (Kr. Torquay). Ueber Nord gerissen und ertrunken ist auf der Elbe der Steuerernte Buttberg aus Köpplau. Da er auf die Rettungsmassnahme gar nicht reagierte, wird angenommen, daß er bei dem Sturm schwach verlor wurde. Buttberg war beim Unterwerfen auf dem Dampfer „Hoffstein“ ertränkt worden.

Magdeburg. Nachts wurde in das katholische Pfarramt in Magdeburg-Eulshof eingebrochen. Die Täter erbeuteten zwei 25 Zentimeter hohe vergoldete Kelche. Den noch Unbekannten gelang es aber nicht, einen Schatz auszubrechen.

Magdeburg. Ueberfahren wurde in der Otto von Guericke-Straße Konsistorialpräsident D. Loyde von einem Magdeburger Lieferauto. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus gebracht wurde.

Genhlin (Kr. Verden II). Bei der 80 Jahre alten Witwe Friede wurde frühmorgens ein Raubüberfall in ihrer Wohnung unternommen. Zwei Einbrecher stiegen ein und würgten die alte Frau, von der sie die Herausgabe des Geldes verlangten. Sie raubten Sparfläschchen und Bargeld in Höhe von einigen 20 Mark, worauf sie flüchteten. Bislang ist die Ermittlung und Ergreifung der Unbekannten noch nicht gelangt.

Osterburg (Altmark). Bei einem schweren Gewitter, das über den Kreis Osterburg niederging, zündete der Blitz in dem Anwesen des Gutwirts Wendt in der mit Erntevorräten gefüllten Scheune, die vollkommen niederbrannte. — Auch in Königsmark schlug der Blitz zweimal ein, wodurch im Transformatorhaus die Innenverrichtung verbrannt und das Stallgebäude des Landwirts Gremmel in Asche gelegt wurde.

Groß-Rodensleben (Kr. Wolmirstedt). Das Gemeindepapament von Groß-Rodensleben mußte am Sonntag neu gewählt werden. Die vorausgegangene Gemeindevorberatung war aufgelöst worden, weil sämtliche bürgerliche Vertreter ihre Ämter niedergelegt hatten. Während bei der letzten Reichstagswahl die SPD 377, die NSDAP 378 und die Bürgerlichen 79 Stimmen erhielten, entfielen bei der jetzigen Abstimmung auf die SPD 370, auf die Nationalsozialisten 188 und auf die Vereinigten Bürgerlichen 158 Stimmen. Durch die Neuwahl ist das Stimmenverhältnis fast gleich geblieben. Die Sozialdemokraten haben ihre neun Sitze gehalten, während die Bürgerlichen von ihren neun Sitzen fünf auf die Nationalsozialisten abgeben mußten, die im alten Gemeinderat noch nicht vertreten waren.

Halberstadt. Das Schöffengericht verurteilte den 28 Jahre alten Diener Edmund Groß aus Wernigerode unter Vergütung mit derer Umstände wegen Diebstahls in 13 Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus. Groß, ein wiederholt wegen Diebstahls und Einbruchs verurteilter Mensch, hat hauptsächlich Fahrräder in verschiedenen Teilen Deutschlands gestohlen. Er war gefällig. Am Tage vorher war der Angeklagte von der Großen Strafkammer ebenfalls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, so daß er zehn Jahre zu verbüßen hat. Auch dieser Verurteilung lagen sechs Fahrraddiebstahle zugrunde, außerdem ein nächtlicher Raubüberfall mit erbeuteter Schußwaffe auf eine junge Dame, sowie andere Unthaten.

Tagung der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft. Die Wasserwirtschaftliche Gesellschaft der Provinz Sachsen und ihrer Nachbargebiete hielt unter dem Vorhitz von Landesobmann Dr. Süßener in Halle a. S. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten hielt Stadimedizinalrat Dr. Schnell, Halle, einen Vortrag aus

dem Arbeitsbereich der „Vertretung gegen Verhütung und Verhinderung der Flüssigkeit im Anstrich- und Saalegebiet“ und Oberlandwirtschaftskammerrat Killa, Halle, über das Thema „Die landwirtschaftliche Wasserversorgung, eine notwendige Voraussetzung zur Sicherung der mittelständigen Wasserwirtschaft“.

Weiter wandte sich die Verlesung der vorberichtigten Frage der Förderung des Arbeitsbeschaffungsprogramms durch Voranstellung baulicher Wasserwirtschaftlicher Projekte zu. Es läge zu diesem Zweck eine Entscheidung in der insbesondere die Beleuchtung des Baues des Mittelalters und unterirdische Inanspruchnahme der Arbeiter am Südbügel gefordert wird. Ferner wird um eine besondere Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Fragen des Ohharzes und um Aufnahme der Regierung und Verwaltung der Provinz Elber und Lüneburg sowie der Schwarzener Elber in das Arbeitsbeschaffungsprogramm gebeten.

Humorist für gute Dollars. Im laufenden Band fest man dem amerikanischen Realismus die Schilleranmerkung der Baubetriebel Gama vor. Die Fremdenbühne treibt hier die lesbarsten Humori. Das neue Heft der „Gartenbau“ erzählt davon. Heftzahl für 30 Pfg.

Spiel und Sport

Nebraer Sportvereinigung 1924

Der Altmeister rettet in Koffeln einen Punkt und schießt dabei beide Tore!

N.S.V. 1. Herren — Eintracht Köhleben 1. Herren 1:1 (0:0)
N.S.V. 3. Herren — Weissenfels 2. Herren 3:0 (0:0)
N.S.V. Schüler — Wader Memleben Schüler ausgesallen.

In Koffeln stellten sich vor ca. 500 Zuschauern Köhleben 1. Herren und Nebra 1. Herren dem Unparteilichen Gräber, N.S.V. Naumburg, im fälligen Punktspiel. Nebra mit Erfolg für den linken Läufer Kluge. Beide Mannschaften führten ein hartes Spiel vor, welches bis zur Halbzeit torlos verlief. Die beiderseitigen Schlußkräfte arbeiteten aufopfernd, während im Zentrum hüben wie drüben manderlei zu machen übrig blieb. Nach Schlußzeit pringte eine Strafstoß am linken Läufer ab, der eigene Tor, fast scheinbar, als wollten beide Punkte in Koffeln bleiben, da sich der Einlaufers Thiemer zur Stelle und sendet eine Flanke des Mittelstürmers R. Werner aus Tor, welche der Eintrachtstürmer wohl befehren aber passieren lassen muß. Bis Schluß anbert sich ein dem Flotten Spiel, welches von Gräber gut geleitet wurde, nichts mehr. In Weissenfels erbeilt die 3. Mannschaft kampflös die Punkte, da der Gastgeber nicht voll antrat. Man einigte sich dann noch auf ein Freundschaftsspiel, welches der Gastgeber mit nur 10 Mann spielend 3:0 verlor. Auch die Waderaner Schüler aus Memleben traten nicht an und überließen uns kampflös die Punkte.

Sonntag finden folgende Spiele statt:
1. — N.S.V. Naumburg 1. in Naumburg, Verbandspiel
2. — Wader Memleben 1. in Nebra, Gesellschaftsspiel
3. — Eintracht Köhleben 4. in Nebra, Verbandspiel
Schüler — Vottenbörf Schüler in Nebra, Verbandspiel.
Weiteres Ergebnis aus dem Bezirk: Verbandspiel Weissenfels 1. — N.S.V. Naumburg 1. 2:1.
Dienstagsabend 8 Uhr Spielabschluss-Sitzung im Vereinslokal „Schützenhaus“.

Dürfte Sammlung in den Club gehen?

Er mußte es unserer Ansicht nach sogar, als er mit Schaden um die Weltmeisterschaft kämpfte. Denn das ist eine der drei Methoden, um die Bewegungsfreiheit des Gegners zu verringern. Genauer mit dem Schaden und Kontern! Wir konnten uns selbst davon überzeugen, daß auch diese Fragen wie taugend andere im „Handbuch des Sports“ erschöpfend behandelt werden, das zum Einleiten der fähigen großen Sanella-Sammelbilder bestimmt ist. Es enthält etwa 1740 Stichwörter aus allen Gebieten des Sports, biographische Notizen über unsere bedeutendsten Sportleute und viele Tabellen über Rekorder, auch mit dem Ergebnis der Olympiade. Damit jeder unserer Leser — und Sammler der prächtigen Sanella-Sammelbilder — in den Besitz des Handbuchs kommen kann, teilen wir hier die Bezugsquelle mit: „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2 (gegen 70 Pfg. in Briefmarken). Wir können nur sagen: durch das Einleiten der gemalten hochinteressanten Sanella-Sportbilder in das „Handbuch des Sports“ schafft sich jeder ein unmaßloses Nachschlagewerk.

Sanella
MARGARINE

Jetzt mit Sammelbildern!

1/2 lb 32

Deutschlands meigekaufte Margarine

Jetzt gibt's zu jedem 1/2 Pfd. Sanella Margarine ein schönes buntes Sportbild — auch von der Olympiade. Und zum Einkleben das „Handbuch des Sports“, ein Nachschlagewerk mit ca. 1740 Stichworten und vielen Rekordtabellen. Zu beziehen von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, für 70 Pfg.

Rechte und falsche Wirtschaftspläne

Die bei der Einweihungsfeier des Neubaus der Köhler Industrie- und Handelskammer gehaltenen Rede des Reichswirtschaftsministers ergab sich folgende die Rundfunkrede des Reichspräsidenten vom 12. September, bei der letzterer bei Erwähnung der Pläne und Absichten der Reichsregierung eine sehr nachdrücklich und beherzigt die Meinung an die Privatwirtschaft gerichtet hat: „Woche dem Unternehmen, wenn es nicht nicht seine Stunde erkennt!“ Das Ziel des Wirtschaftsprogramms der Regierung von Bapen ist die Eingliederung des Arbeiterheeres in den normalen Wirtschaftsgang, dadurch Erhaltung der öffentlichen Wirtschaft, Förderung der Volkswirtschaft, Steigerung des Massenbedarfs. Der bisher gelangene, aber erfolglos gebliebene Weg der Betreuung der Arbeitslosen aus öffentlichen, d. h. steuerlichen Mitteln konnte nur gelangen werden, solange die Arbeitslosigkeit den Charakter einer vorübergehenden Erscheinung zeigte. Nachdem sie aber das Merkmal einer Dauerkrankheit geworden ist, müssen andere Mittel angewandt werden, um durch Erreichung eines normalen Wirtschaftsganges die Arbeitslosigkeit gewissermaßen normal zum Erliegen zu bringen.

Die Regierung von Bapen gibt der Privatwirtschaft mit ihren in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. September enthaltenen Vorschlägen eine letzte Chance, schafft hier Gestaltungsformen, in dem Anknüpfen ihrer Eigeninitiative und macht die private Arbeitsbeschaffung gesetzlich zur Pflicht des Privatunternehmers. Die Wirtschaft hat offenbar die Bedeutung der Stunde erkannt. In den Kreisen von Handel und Industrie hat das Wirtschaftsprogramm der Regierung eine sehr positive Bewertung erfahren. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben sich zum Teil sehr eindringlichen Mahnungen an ihre Mitglieder gegen Duerbereiter und Vertretung von Sonderinteressen gewandt. Das ist die Vorbereitung für das Gelingen.

Der frühere Reichspräsident Brüning hat im „Vorwärts“ wirtschaftspolitische Forderungen aufgestellt, unter welchen sich u. a. Befreiung der Wirtschaft von den Beschränkungen der Kürzungen der Sozialversicherungen, Befreiung der überhöhten und maßgebenden Subventionen und der Geldinstitute usw. Brüning verlangt einen Umbau der deutschen Wirtschaft zur Planwirtschaft und fordert Kohle und Eisen, Stahl und Zement, Chemie und Web in die Hände des Staates, in die Hände der Volksgemeinschaft. Aus den Ausführungen Brüning geht aber nicht hervor, wie er sich die Bekämpfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit denkt, sofern er sich nicht damit auf den Standpunkt der Gewerkschaften zurückzieht, zwei Milliarden für Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Zum Teil ähnliche Gedankenansätze hat der nationalsozialistische Wirtschaftsforschungsstab in der Deutschen Wochenzeitung entwickelt. Die Reichsbank soll zurück in die Hand des Reiches, der gelamte Geldmarkt verstaatlicht und die Banken unter Staatskontrolle gestellt werden usw. Auch hier werden zwei Milliarden Reichsmark zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert, die allerdings durch neuzeitliche Werte gedeckt werden sollen. Weiter verlangt er weitgehende wirtschaftliche Abschließung gegenüber dem Ausland und Ausbau des Binnenmarktes.

Der „Umbau“ der Wirtschaft“ auf planwirtschaftlicher, d. h. antikapitalistisch-sozialistischer Grundlage wird hier also nicht in Betracht gezogen. Ein höchstens die bisherigen Methoden der Arbeitslosenbekämpfung durch Bereitstellung von Mitteln für Notstandsarbeiten bei, Methoden, die in der Vergangenheit nicht vermocht haben, die Arbeitslosigkeit einzufrieren. Soweit diese Vorschläge Währungsfragen betreffen, handelt es sich um Fragen, die bisher von allen Finanz- und Währungslehren als unzulässig und wirtschaftlich bedenklich abgelehnt worden sind, ganz abgesehen davon, daß mit der Schaffung einer Binnenwährung das wirtschaftliche Vertrauen des An- und Auslandes aufs ernstliche erschüttert werden müßte.

Die Wirtschaft ist aber ein empfindliches Instrument, das man nicht heute nach der einen und morgen nach der anderen Seite umstellen kann. Mit der Wirtschaft kann man auch nicht experimentieren, fast es um so weniger in einer Krisenzeit, wie wir sie heute erleben. Der theoretische Wirtschaftsexperte steht immer nur die mögliche Klusette seiner Träume, vergißt aber das Risiko, den möglichen Mißerfolg.

Man kuriert aber bekanntlich einen Schwerkranken nicht dadurch, daß man ihn viel wässert, sondern dadurch, daß man ihn zur Ruhe und seinen Organismus zu normaler Funktion zurückföhrt. Das allein ist die wahre, erfolgversprechende Heilmethode. Sie wird in dem Wirtschaftsprogramm der Regierung angewendet. Durch das System der Steuererhöhungen soll die Wirtschaft von dem Übermaß der Steuern finanziell entlastet, weiter für den Lebenserwerb erleichtert, es um so weniger in einer Krisenzeit werden. Zu diesem Zweck wird die Wirtschaft auf sich selbst verwiesen, auf Methoden, die in der vergangenen Jahrzehnten eine ungeachtete Lebensmöglichkeit auch für die großen Massen geschaffen haben, die unter diesen Methoden ihren Beschäftigungsanspruch zu positiver und produktiver Arbeit erbringen konnten und erbracht haben. Das Wirtschaftsprogramm ist angesichts unserer wirtschaftlichen Gesamtlage völlig auf rasch und unmittelbar wirksame Maßnahmen abgestellt, hoffen wir, daß es gelingt, aus dem Elend der Wirtschaftskrise und Depression zu Erfolg und Aufbruch zu gelangen, indem wir uns den Optimismus des Reichswirtschaftsministers zu eigen machen, wie er sich am Schluß seiner Köhler Rede hoffnungsvoll zeigte.

Berordnung über Vollstreckungsschlag

Berlin, 28. September.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat die vom Reichsverwaltungsrat angeforderten Verordnungen über die Zinsentlastung für landwirtschaftliche Hypothekenzinsen und über das Vermittlungsverfahren für die Landwirtschaft von den verkündeten Vollstreckungsschlag unterzeichnet. Damit ist der erste Teil des Agrarprogramms in die Tat umgesetzt. Die Vollstreckungsverordnungen werden in etwa 14 Tagen unterzeichnet werden, nachdem die Verhandlungen mit den ausländischen Regierungen, die von Ministerialrat Walter geführt werden, abgeschlossen sind.

Wieder Festschreibung

Inbesondere kennt die Reichsregierung ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen in Arbeit nicht zu Hungern brauchen. So wird die Festschreibungssachen wieder in Gang gesetzt werden.

Handwerk fordert Steueranrechnungsscheine auch für Hausindustrieller.

Magdeburg, 28. Sept. „Abend des Handwerks“ einer Sonderveranstaltung der Deutschen Woche, erinnerte der

Versitzende des Innungsausschusses, Obermeister Franck, in seiner Begrüßungsansprache an das Wort des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß das Handwerk nach große Aufgaben zu erfüllen habe, die durchaus lasträchtige Förderung verdienen. „Sagt, um die Reichsregierung mit dem neuen Wirtschaftsprogramm herauskommen ist, ermahne das Handwerk, daß es endlich von dem ungesunden Druck der staatlichen Verfügungen und Zwangsmaßnahmen befreit werde.“

Kammerpräsident Stadtrat Flügge, der dann sprach, stellte in der Mittelpunkt seines Vortrages das Programm der Arbeitsbeschaffung im Handwerk. Dieses Programm sei zunächst von Seiten der Hausindustriellen in Angriff zu nehmen. Das Handwerk habe mit der neuen Regierung bereits darüber verhandelt, daß auch für die Hausindustriellen Steueranrechnungsscheine ausgeben werden sollen. An dieser Forderung werde das Handwerk bis zur Erreichung dieses Zieles festhalten. Weiter verlange das Handwerk, daß den freien Handwerksmeistern die Ausübung der Ausübung seines Berufes gesichert würde. Das könnte, wie die Dinge sich entwickeln, nur geschehen, wenn mit dem Grundgesetz der Gewerkschaft gebrochen werde. Die Spitzenvertretung des Handwerks habe bereits entsprechende Bestimmungen ausgearbeitet.

Anfall eines englischen Kriegsschiffes

Nach einer Mitteilung der englischen Admiralität ist das Kriegsschiff „Challenger“ vor der Küste von Labrador auf eine Sandbank aufgelaufen, nachdem es vorher gegen einen Felsen gestoßen war. Es ist bereits wieder flottgemacht worden und hat nur leichte Beschädigungen erlitten.

Frankreichs Unglückssträhne der Marine

Explosion an Bord eines französischen Unterseebootes.

Paris, 28. September.

An Bord des französischen Unterseebootes „Vertice“ explosionsierten, als sich das Boot auf einer Probefahrt zwischen der französischen und der englischen Küste befand, die Akkumulatoren für die Motoren.

Auf SOS-Rufe des Bootes hin sandte die Marinegarnison in Cherbourg zwei Schlepper und zwei Wasserflugzeuge aus. Einer der Schlepper konnte das Boot ins Schlepp nehmen und es nach Cherbourg bringen. Es handelt sich um ein U-Boot 1. Klasse, das 1379 Tonnen verdrängt.

Der Ingenieur, der den Einbau der Motoren zu übernehmen hatte, ist bei der Explosion ums Leben gekommen. Fünf weitere Mitglieder der Besatzung wurden ebenfalls getötet und 33 verletzt.

Die Leichoverbleiben haben ihre Verwundungen vornehmlich erlitten, als sie den an Bord infolge der Explosion ausgebrochenen Brand zu löschen verjudeten. Unter ihnen befindet sich auch eine Reihe von Verletzten.

Seit April vermisst

Ausrüstung in der hohen Tatra gefunden.

Berlin, 28. September.

Die Berliner Deutsche Kulturfilm-Produktion dreht jetzt im Auftrage des Tatzenverbandes und des Karpatenvereins einen Film „Die hohe Tatra und die Jips“. Die Expedition dieser Filmgesellschaft erzielte vom Koppereschhaus aus die Tatra, um Bergbesteigungs- und Leiterabnahmen zu machen.

Bei den durch Ingenieur Fritz Böd (Berlin) und einen zweiten Ingenieur unternommenen Anfliegenversuchen dieser unterhalb des Elfenrums in einer Scharke einen bereits zerfallenen Rudolfs, volliges Hochgehirn, einen Damschuh, Wälschleide usw. Der Fundort liegt darauf schließen, daß es sich um die Ausrüstung verunglückter Touristen handelt.

Die beiden Ingenieure sowie die Gendarmen und die Rettungsgemeinschaft unternommenen Anfliegenversuchen dieser unterhalb des Elfenrums in einer Scharke einen bereits zerfallenen Rudolfs, volliges Hochgehirn, einen Damschuh, Wälschleide usw. Der Fundort liegt darauf schließen, daß es sich um die Ausrüstung verunglückter Touristen handelt.

Raketenart verschoben

Königsberg, 28. September. Der Start der Winter-Rakete mußte abgelaßt werden, da ein Leitungsträger an der Rakete gebrochen ist.

Schmelzing Weltmeisterschaftskandidat

Newyork, 27. September.

Schmelzing hat die einzige Chance, die ihm blieb, um wieder zu Meisterschaften zu gelangen, wahrgenommen. Eindeutig hat er dem amerikanischen Weltmeisterschaftskandidaten eine Niederlage bereitet, ein Resultat, welches, das, obwohl meistens vorausgesetzt wurde, daß dieser den Kampf nach der 8. Runde aufgeben würde, doch überlegen war, als man es geglaubt hatte. Wohl niemand hätte es gedacht, daß der Deutsche Wally Walker so verhalten würde, daß dieser den Kampf nach der 8. Runde aufgeben würde.

Wie beim Kampf Schmelzing-Scharer legte sich erst in der letzten Stunde der erhoffte Zufall der Zuschauer ein, nachdem man schon behauptet hatte, daß die Veronhaltung ein Fiasko werden würde. Schließlich waren es aber doch mehr als 30.000, die die Sperrre pulst hatten, um dem Treffen beizuhohnen. Die ganze Borelle Amerikas hatte sich versammelt; Tunnies, Scharer und Dempsey wurden im Ring vorgeführt und förmlich bespielt, so daß das Publikum schon aus dem Häuschen war, als der Kampf begann. Und es blieb dabei.

Schon die erste Runde brachte eine Sensation. Walker, der wie ein Wilder auf seinen Gegner loslief, um Schmelzing nicht warm werden zu lassen, ließ wenige Augenblicke nach dem Gong bereits auf den Amerikaner los. Schmelzing vermug er sich wieder zu erheben, formt aber erlaunlich stark durch die Runde.

Imar ist er in der nächsten Runde noch etwas mitgenommen, doch schon bald darauf geht er wieder zum Angriff über, als hätte er den früheren Rinnahmen am Anfang überunden. Schmelzing hielt ruhig, als der Amerikaner Punkte sammeln wollte, er ließ wieder emporkommen. Ganz und halbtötlich kam er in die Ring umher, bis er erneut unter Schmelzings Fäusten zusammenbrach. Da löst der Gong, niemand ahnt, daß es bereits das Ende gewesen ist. Bereits demigen h. W. Walkers Sekunden, ihm Schmelzing wieder konsequent zu machen. Er kann nicht mehr. Schmelzing hat ihn durch rechtlichen t. o. besiegt.

Die 6. Runde sieht den Deutschen bereits im Vorteil. Walker ist jetzt schonener Oberlippe weicht seinem Gegner aus. Das Temu wird etwas langsamer.

Man erwartet ein maffes Ende, als plötzlich in der 8. Runde Schmelzing einen Hagel von Schlägen auf Walker niederprassen läßt, die den Amerikaner bis „5“ zu Boden reißen. Eine neue Schlägerei eroffnet Walker so sehr, daß er sich erst bei „5“ wieder emporkriegen kann. Ganz und halbtötlich kam er in die Ring umher, bis er erneut unter Schmelzings Fäusten zusammenbrach. Da löst der Gong, niemand ahnt, daß es bereits das Ende gewesen ist. Bereits demigen h. W. Walkers Sekunden, ihm Schmelzing wieder konsequent zu machen. Er kann nicht mehr. Schmelzing hat ihn durch rechtlichen t. o. besiegt.

Beitrag Hoff- und Legehölzsettel.

Diesejenigen Personen, die einen Hoff- und Legehölzsettel für die Zeit vom 15. Oktober 1932 bis 31. März 1933 beantragen, werden aufgefordert, diesbezügliche Anträge bis spätestens 1. Oktober d. Js. im Rathau, Zimmer Nr. 3, zu stellen. Nachmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Für die Ausstellung eines Zettels können nur münderbemittelte Personen und im Erwerb befristete Kriegsbeschädigte, Rentenempfänger und Erwerbslose in Frage und zwar:

1. Alle vorgenannten Personen, welche arbeitsunfähig sind, erhalten diesen Hölzsettel kostenlos.

2. Alle vorgenannten Personen, welche noch arbeitsfähig sind, erhalten diesen Hölzsettel nur gegen eine Gebühr von 3.— RM.

Hölzsettel gegen vorherige Arbeitsleistung von 2 Tagen werden nicht mehr erteilt.

Diesejenigen Personen, die einen Hölzsettel gegen Entlohnung einer Gebühr von 3.— RM. beantragen, haben Entlohnung 3.— RM. sofort bei der Bestellung zu entrichten.

Nebra, den 26. September 1932.

Der Magistrat. Gentel.

Halte am Donnerstag, den 29. September, bis Donnerstag, den 20. Oktober, keine Sprechstunden

Dr. Fritz Becker, Naumburg (Saale)

Facharzt für Augenkrankheiten.

Vertreter: Frau Dr. Thate, Gr. Jakobsstr. 31

Neue Leipziger Operetten-Bühne

Str. P. Grajch

Am Sonntag, d. 1. Okt., abds. 8.30 Uhr im Schützenhaus

„Viktoria und ihr Husar“

Operette in einem Akt und 3 Akten

von Paul Abraham

Vorverkauf: Buchhandlung W. Scharf.

Eine Brücke

zum Leben der Zeit

Unsere heutige Zeit geht rasch und lebhaft durch den Tag. Abwechslung ist ein Bedürfnis des Geistes. Nach aufreibendem Tagewerk verlangt der Abend eine Entspannung, ein festliches Ausruhen.

Welbagen & Klafings Monatshefte bilden eine ebenso geistreiche wie unterhaltsame Lektüre. Dem Leser werden die freien Stunden zu einem Vorn der Erholung und Freude!

Jedes Heft ist ein Spiegel der zeitgenössischen Literatur und unserer gegenwärtigen Kultur; es unterrichtet über Bewegungen und Fortschritte der Kunst, Technik, des Theaters, Films, Sports usw. Von bleibendem künstlerischem Wert ist der farbenreiche Bilderdruck, der in der ganzen Welt berühmt geworden ist.

Monatlich ein Heft für nur RM. 2.10

Der Verlag von Welbagen & Klafing, Leipzig übersendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pfg. in Marken für Porto kostenlos ein Probeheft.

Est

deutsche Trauben des Unfruchtbares!

Weinbauverband der Provinz Sachsen.

Achtung!
Ein gut erhaltenes, fast neues
Grammophon
mit 15 Stille Platten
hat preiswert zu verkaufen
Nebra, Viehplanweg Nr. 6.

Freie
Zeit-Büchlinge
treffen morgen Freitag
früh ein
Hugo Wölgling.

Druckfachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, gut und billig

Buchdruckerei Wilt. Gauer, Köpchen.

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1,10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wögling (vorm. Ww. Weis), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen lohnen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 117

Donnerstag, den 29. September 1932.

45. Jahrgang

Erholung und Aufstiege

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

Köln, 28. September.

Bei der Feier der Einweihung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer hielt Reichswirtschaftsminister Warmbold eine Rede, in der er u. a. ausführte:
Wir stehen hier in einem Gebäude, in welchem der Wille und der Interessenerweiterung von Industrie, Handel und Verkehr ein Heim bieten soll. Diese Wirtschaftszweige erfüllen innerhalb der Volkswirtschaft wichtige Funktionen. Ihre Verbundenheit mit dem Ganzen der Wirtschaft zwingt dazu, sie funktionsfähig zu erhalten. Diese Aufgabe fällt dem Staate zu.

Der Staat ist verpflichtet, jede Maßnahme nicht nur auf ihre Wirkung auf den einzelnen, sondern auf ihre Wirkung auf die Gesamtheit zu prüfen.

Die Rücksicht auf das Ganze und der Gesamterfolg sind es, die einleuchtend, je weniger entwickelt die Wirtschaft eines Landes ist. Das zeigen die Verhältnisse der Agrarländer. Weit schwieriger werden alle finanziellen Aufgaben, nachdem sich die Entwicklung vom Agrar- zum Industrieerland vollzogen hat. Kommt Rohstoffmarkt und Ueberbevölkerung hinzu, so ergibt sich daraus eine so enge Verflechtung mit dem Weltmarkt, und der Güterverkehr mit dem Auslande muß einen so bedeutenden Umfang annehmen, daß die Wirtschaft des Landes ohne Berücksichtigung dieser Interessen nicht beurteilt werden darf.

In dieser Lage ist Deutschland.

Es ist unmöglich, in einem so dichtbesiedelten Lande ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschlichen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einzustellen verliessen würde.

Von der gesamten Bevölkerung nicht im Dienste des eigenen Landes beschäftigt werden kann, muß die Arbeitslosigkeit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden.

Die Freiheit, zu wählen zwischen Selbstgenügsamkeit und Verflechtung in die Weltwirtschaft haben wir bereits vor 50 Jahren aufgegeben. Die Wirtschaftspolitik hat sich bereits damals entschlossen, den Bevölkerungsüberschuß, der für das Ausland nicht beschäftigt werden konnte, zwar im Inlande zu behalten, aber für das Ausland arbeiten zu lassen.

Die jetzige eingetretene Entwicklung kann nicht ohne große Schäden rückgängig gemacht werden. Ein Bruch mit den großen Linsen der seit jenen Zeiten betriebenen Wirtschaftspolitik würde nichts anderes als eine weitere Vermehrung und eine Verwirrung der großen Arbeitslosigkeit bedeuten.

Ein Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre unmöglich ohne eine in ihrem Ausmaß nicht zu übersehende Entwertung der Kapitalien der deutschen Wirtschaft. Diese Kapitalien sind aber letzten Endes der Gegenwart wertlos. Die Kapitalien der breiten Masse der Bevölkerung sind durch den letzten Endes die Verluste zu tragen haben.

Wir haben in dieser Krise nicht den Verlust erkannt als die innere gegenseitige Abhängigkeit aller Wirtschaftszweige untereinander.

Unser Ziel muß es sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm investierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden.

Dieses Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Güterauslaß mit dem Auslande pfleglich behandeln.

Gegenwärtig ist die Entwicklung in der Welt durch zwei Faktoren: durch die zunehmende Überproduktion der aufeinander angelegenen Länder im Warenverkehr und durch die Kreditkrise, welche zu der Zwangsbeiwirtschaftung des Kapital- und Zahlungsvorlages in wichtigen Ländern geführt hat. Das Verhängnisvolle dieser Entwicklung ist es nun, daß die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten sich gegenseitig steigern.

Jede neue Abwehrungsmaßnahme in der Welt bringt für die zahlungsunfähigen Völker neue Schwierigkeiten und zwingt sie zu Verschärfungen ihrer Devisenbewirtschaftung, — und wiederum stellt eine solche Verschärfung der Devisenbewirtschaftung ein neues Hemmnis für die internationalen Warenverkehrs dar. Unser deutsches Interesse liegt eindeutig in der Richtung, beide Schwierigkeiten zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzuführen.

Die deutsche Regierung mußte den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen dem gegenwärtigen Notzustand zu begegnen und seine Ueberwindung zu erleichtern. Neben der Vergütung von öffentlichen Aufträgen hat die Regierung sich entschlossen, Maßnahmen zu treffen, welche den großen Sektor der privaten Wirtschaft neu zu beleben und die Existenz der Unternehmerricht zu fördern bestimmt sind. Sie hält diesen Teil ihres Wirtschaftsprogramms für besonders wichtig. Sein Gelingen hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und sie hofft hierbei darauf, daß ganz besonders die zahlenmäßig starke Schicht der mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Planes von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung zeigen.

Ich möchte daher auch an dieser Stelle an das gesamte

deutsche Unternehmertum den Appell richten, die ihnen gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen.

Möge bei der zukünftigen Arbeit in diesem neuen Hause: Gebäude nicht alles vergessen werden, was wir an Schwermern und an Lehren aus den vergangenen und noch gegenwärtigen Schwierigkeiten erlebt haben und mitnehmen sollen.

Aber möge daneben auch bei dieser Arbeit stets der Glaube an eine bessere Zukunft lebendig sein, und möge bei kommenden neuen Krisen und Schwierigkeiten über allen Gegenwärtigen nicht vergessen werden, daß noch immer, auch im Wirtschaftlichen, auf Krankheit und Depression Erholung und Aufstiege gefolgt sind.

Keine Währungsgefahr

Inschließend sprach Reichsstatthalter Dr. Luthar, der zunächst die Währungsfrage behandelte. „Ich bin überzeugt“, so führte er u. a. aus, „daß es eine Währungsgefahr in Deutschland nicht nur nicht geben darf, sondern auch nicht geben wird. So schwer die Zeiten auch sind, die wir zu durchkämpfen haben, die Währung wird ganz sicher aufrecht erhalten bleiben. Der Reichsdank wird vorgeworfen, daß sie über Währungsrisiken die Wirtschaft verfolge. Wenn erzählt wird, die Reichsdank habe mit der Senkung des Diskontsatzes von 5 auf 4 v. H. geögert und hätte von sich aus nichts unternommen, nachdem die schädlichen Voraussetzungen gegeben gewesen seien, so muß gesagt werden, daß dies eine große Unmöglichkeit ist. Es war für die Reichsdank gefehlt nicht möglich, unter 5 v. H. herabzugeben. Wir haben alle dafür zu sorgen, daß die Rechtsbegriffe in Deutschland aufrechterhalten bleiben.“

Wir haben eine Währungs- und eine Wirtschaftskrise erlebt, und wir sollten eigentlich zusammenhalten, damit wir nicht auch als dritte Krise noch eine Rechtskrise bekommen.“

Zu den vielerörterten Autarkieplänen bemerkte Dr. Luthar: „Die heutige weltwirtschaftliche Lage zwingt dazu, ein binnenwirtschaftliches Denken stark zu unterstreichen.“

Etwas anderes ist es aber, ob Autarkie als Grundlag proklamiert wird, oder ob man diese binnenwirtschaftliche Notwendigkeit als Selbstverständlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens an den Augen zugrunde legt. Dr. Luthar zeichnete dann die Ursachen und den Abweg, unternommen, welches Wirtschaftswesen, für die in erster Linie die Reparationen verantwortlich zu machen seien, in letzter Konsequenz auch die Goldschlüsse, das Gegenüberziehen großer Glaubiger- und Schuldnerländer.

Zum Schluß berührte Dr. Luthar das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und bemerkte dazu: „Ich möchte an die Wirtschaft des Auslandes denken, ich aus innerer Überzeugung in das Programm einzufließen. Der Appell muß Wirkungen in folgend Ausmaß hervorbringen, daß die ganze Menschheit sieht: Es geht doch auf dem alten, bewährten Weg der Wirtschaftsführung, auf dem Weg der Einsetzung der freien Kräfte des einzelnen wieder aufwärts zum Segen Deutschlands!“

Jugendertüchtigung — sittliche Pflicht!

Königsberg i. Pr., 28. September.

Reichskanzler von Papen hat auf seiner Durchreise von Dirschau nach Berlin dem Hauptredakteur der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung gewährt, in der er auf eine Reihe aktueller politischer Probleme einging. Auf die Frage, welche Stellung die Reichsregierung zu der Sonntagrede des französischen Ministerpräsidenten Herriot einnehme, erklärte der Kanzler:

Ich noch nicht näher äußern zu können, da ihm der amtliche Wortlaut noch nicht vorliegt.

Sei die Rede wörtlich so gehalten worden, wie sie in der Presse wiedergegeben worden sei, so sei sie ihm allerdings völlig unverständlich. Wenn der französische Ministerpräsident den Erlaß des Herrn Reichspräsidenten über die Jugendertüchtigung kritisiere — bekanntlich hat Herriot die unerhörte Frage gestellt, wie man Kindern die Kunst zu töten beibringen könne —

so könne er jetzt nur erklären, daß die körperliche und geistige Wehrhaftung der Jugend die ernsteste sittliche Pflicht zum Schutze des Vaterlandes sei, und daß sie nur das Postulat der Sicherheit erfülle, mit dem Frankreich dauernd operiere.

Die Unterredung ging sodann auf innerpolitisches Gebiet über. Der Reichskanzler der betonte mit Ernst und Nachdruck, wie sehr ihm die Wiederherstellung geistiger verfassungsmäßiger Zustände am Herzen liege.

Auf die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen sei, meinte der Kanzler, er glaube, daß der Wunsch, zu neuen verfassungsmäßigen Zuständen zu gelangen, innerhalb des Volkes so stark werden würde, daß der Impuls aus dem Volke heraus kommen und der Regierung die Legitimation geben werde, diese Zustände neu zu gestalten.

Auf eine weitere Frage über die Stellung der Regierung zu den Neuwählern und über die Möglichkeit einer Erhaltung der parteiungebundenen Anhänger der Regierung erklärte der Kanzler, es sei bekannt, daß die Regierung es ablehne, selbst Partei zu ergreifen, da dies ihrer Grundaufgabe widerspreche würde.

Es glaube aber mit Bestimmtheit, daß Mittel und Wege gefunden müßten, um diejenigen, die Sinn und Ziel dieser Regierung bejahen, für die Wahlen zu sammeln.

Im Zusammenhang mit den Problemen der Außenpolitik befaßte er sich auch mit den Angriffen der nationalsozialistischen Partei gegen die Regierung. Er verteidigte nicht, wie eine Partei, die die nationale Befreiung Deutschlands betreibe, der jetzigen Regierung die Mitschuld an ihrem Kampfe um die nationalen Interessen absprechen könne.

„Meine Reise nach Ostpreußen“, so fuhr der Kanzler fort, „ist ein Beweis für das Interesse sein, das die Reichsregierung Ostpreußen und besonders seinen schwergeprägten Notlandsgebieten entgegenbringt.“

Ich habe in den letzten Tagen eine Reihe ostpreussischer Kreise bereist, und es war mir sehr wertvoll, an Ort und Stelle Eindrücke zu sammeln und die Notlage der Provinz kennenzulernen. Ich hoffe, daß schon das nächste veröffentlichte Agrarprogramm der Regierung der ostpreussischen Landwirtschaft beweist, daß wir entschlossen sind, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen.

Bei meinen Beratungen in Ostpreußen stand u. a. im Vordergrund die Frage einer weiteren Entlastung der Landwirtschaft von den Kommanalabgaben, die bestänflich durch Reichszuschüsse um 50 Prozent gelindert sind.

Ich habe eine ernsthafte Nachprüfung der landwirtschaftlichen Wünsche zugelaßt.“ Gegenüber den in der Provinz verbreiteten Gerüchten, daß die Diktüle abgekauft werden sollte, erklärte der Kanzler, daß davon keine Rede sein könne. Die Reichsregierung werde im Gegenteil bemüht sein, den Gang der Diktüle zu beschleunigen.

Polizei und Staat

Ausführungen Dr. Bracht's.

Berlin, 28. September.

Der kommissarische preussische Minister des Innern Dr. Bracht nahm an einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Ausschuß des Verbandes preussischer Polizeibeamten teil, und richtete an die Beamten eine Ansprache, in der er u. a. erklärte:

Es darf im Verhältnis zwischen dem verantwortlichen Polizeichef und seinen Beamten keinen anderen Grundlag geben, als den der Gerechtigkeit.

Die Polizei steht mitten im öffentlichen Leben. Jede geringste Störung seines normalen Ablaufs berührt in erster Linie die Polizei. Sie steht an der Front, an der sich Staat und Volk berühren und von ihrer Haltung hängt es im höchsten Maße ab, daß zwischen Staat und Volk keine Kluft, sondern eine dauernde und lebendige Verbindung besteht.

Für die Verwendung und Beförderung eines Beamten soll seine Tüchtigkeit und seine Berufsfreudigkeit allein entscheidend sein. Für die Dienstfreudigkeit eines Beamten ist nicht nur eine gerechte Personalpolitik entscheidend, sondern auch die Höhe des Gehalts, das er den seinen

Ausübung seines Amtes in weiterer Punkt: nationalsozialistischer

erprochen werden, die Einschränkung prägender Stelle, wenn man sich nicht und immer allein aus dem Interesse des Staates.

Ich zum Schluß sagen wollen, daß er den seinen

Er erhält seine Verfassung, die

ist. Die dem die bleiben wir voraus vor die Auf- Verfassung neue und damit einer lichen Angelegen-

Herriot

27. September.

Ausführungen Dr. Bracht's
Reichen Präsidenten
nahm Dr. Schneeweis
Ministerpräsident
gehalten hat. Dr. Schneeweis erklärte, selbst der Beobachtung des französischen Ministerpräsidenten wurde nicht gelingen, der Welt einzuräumen, daß Frankreich abwärtsgerichtet sei. Jeder profanische Abwärtsgerichtet, von welcher Seite er auch immer gekommen sei, sei auf der Abwärtsgerichtetens auf den Widerstand Frankreichs getroffen. Die Rede Herriots sei der öffentliche Versuch, Deutschland in der Abwärtsgerichtetens vor der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu legen. Es sei geradezu protest, daß die einzige abwärtsgerichtetens Großmacht, auch Deutschland, von der härtesten Willkür der Welt, nämlich von Frankreich, dafür verantwortlich gemacht werden sollte, daß die Welt abwärts sei.

Deutschland fordere auf Grund einwandfreien Rechtfertigungs nach wie vor die allgemeine Abwärtsgerichtetens und die deutsche Gleichberechtigung. Nur weil sich die Abwärtsgerichtetens unter der Führung Frankreichs bisher weder zu einer wirt-

